

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete André Bock und Sebastian Lechner (CDU)

Drohnenfund bei Wunstorf: Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung und wie wirksam ist der Schutz kritischer und militärischer Infrastruktur vor Drohnen?

Anfrage der Abgeordneten André Bock und Sebastian Lechner (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 01.10.2026

Mitte September 2026 wurden in der Nähe des Bundeswehr-Fliegerhorstes Wunstorf Teile einer offenbar abgestürzten Drohne gefunden. Nach übereinstimmender Medienberichterstattung hatte ein Landwirt die in mehrere Teile zerbrochene Drohne in einem dicht bewachsenen Gelände in räumlicher Nähe zum Fliegerhorst entdeckt. Einsatzkräfte durchsuchten daraufhin das Gelände nach weiteren Teilen und Spuren.¹

Nach Recherchen von NDR, WDR und *Süddeutscher Zeitung* soll es sich nicht um eine gewöhnliche handelsübliche Drohne handeln. Medien berichteten von konstruktiven Ähnlichkeiten zu einer Drohne, die Anfang August 2026 am Flughafen Leipzig/Halle entdeckt worden war. Mindestens ein Bauteil der Wunstorfer Drohne soll demnach mittels 3D-Druck hergestellt worden sein.

Am 22. September 2026 berichteten NDR, WDR und *Süddeutsche Zeitung* zudem, dass bei der weiteren Suche wenige Meter vom Wrack entfernt verdächtiges Material gefunden worden sei. Nach Informationen aus Sicherheitskreisen werde untersucht, ob es sich um Sprengstoff handle und ob dieser der Drohne zugeordnet werden könne. Die kriminaltechnischen Untersuchungen seien zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht abgeschlossen gewesen.²

I. Fund und zeitlicher Ablauf

1. Wann genau wurden die Drohnenteile gefunden, und wann erhielt erstmals eine niedersächsische Behörde Kenntnis von dem Fund?
2. Durch wen beziehungsweise auf welche Weise wurden die zuständigen Behörden über den Fund informiert?
3. Welche niedersächsischen Behörden waren seit dem erstmaligen Bekanntwerden des Fundes mit dem Vorgang befasst?
4. Welche Maßnahmen wurden von welcher Behörde unmittelbar nach Bekanntwerden des Fundes eingeleitet (bitte die beteiligten Behörden nennen)?
5. Wann wurde der Fundort erstmals durch Polizeikräfte beziehungsweise Spezialkräfte untersucht?
6. Über welchen Zeitraum und in welchem räumlichen Umfang wurde das Gelände rund um den Fundort abgesucht?
7. Welche Einsatzkräfte und technischen Hilfsmittel wurden für die Absuche eingesetzt (bitte die Anzahl der eingesetzten Kräfte nennen)?
8. Wurden bei den Suchmaßnahmen weitere Bestandteile der Drohne oder sonstige Gegenstände aufgefunden?
9. Kann die Landesregierung Angaben darüber machen, wie weit der Fundort vom Gelände des Fliegerhorstes Wunstorf entfernt liegt?

¹ <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/wunstorf-drohne-sprengstoff-100.html>

² <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/wunstorf-drohne-sprengstoff-100.html>

10. Gibt es Erkenntnisse oder Anhaltspunkte dafür, dass sich die Drohne vor ihrem Absturz innerhalb oder oberhalb militärischer beziehungsweise anderer besonders geschützter Bereiche befunden hat?

II. Herkunft und technische Beschaffenheit der Drohne

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung inzwischen zur Bauart, Größe, Reichweite und technischen Ausstattung der aufgefundenen Drohne vor?
2. Handelte es sich nach den bisherigen Erkenntnissen um ein handelsübliches, nachträglich modifiziertes oder individuell konstruiertes unbemanntes Luftfahrtsystem?
3. Welche Bauteile konnten bislang sichergestellt werden?
4. Haben die Untersuchungen Hinweise auf Bauteile ergeben, die individuell beziehungsweise mittels additiver Fertigungsverfahren wie 3D-Druck hergestellt worden sind?
5. Welche Erkenntnisse liegen zur möglichen Flugreichweite und Flugdauer der Drohne vor?
6. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zum möglichen Startort der Drohne?
7. Lässt sich technisch rekonstruieren, welche Flugroute die Drohne vor ihrem Absturz genommen hat?
8. Konnten elektronische Speicher, Kameras, Kommunikationsmodule, Mobilfunkkomponenten oder vergleichbare technische Bauteile gesichert und ausgewertet werden?
9. Falls ja, konnten hieraus Erkenntnisse über den Betreiber, Ausgangspunkt, Flugweg oder Zweck des Fluges gewonnen werden?

III. Mögliche Gefährlichkeit und Sprengstoffverdacht

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung gegebenenfalls zu den Medienberichten, wonach in räumlicher Nähe zu den aufgefundenen Drohnenteilen eine möglicherweise explosive Substanz gefunden worden sein soll?
2. Ist mittlerweile geklärt, um welche Substanz es sich handelt?
3. Ist mittlerweile geklärt, ob die aufgefundene Substanz der Drohne zuzuordnen ist?
4. Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung Anhaltspunkte dafür, dass die Drohne für den Transport einer explosiven oder einer anderen gefährlichen Nutzlast konstruiert oder vorbereitet worden war?
5. Wurden an der Drohne Halterungen, Vorrichtungen oder technische Veränderungen festgestellt, die grundsätzlich der Aufnahme oder dem Transport einer Nutzlast dienen könnten?
6. Welche Erkenntnisse liegen zum Zeitpunkt des Absturzes der Drohne vor?

IV. Bezug zum Fliegerhorst Wunstorf und anderen Drohnenvorfällen

1. Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung Anhaltspunkte dafür, dass der Fliegerhorst Wunstorf Ziel des Drohnenfluges gewesen sein könnte?
2. Welche anderen möglichen Ziele beziehungsweise Zwecke des Drohnenfluges werden nach Kenntnis der Landesregierung gegebenenfalls in Betracht gezogen?
3. Gibt es Erkenntnisse darüber, ob mittels der Drohne Bild-, Video-, Funk- oder sonstige Aufklärungsdaten über den Fliegerhorst oder andere kritische Infrastruktur gewonnen worden sein könnten?

4. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu möglichen technischen Übereinstimmungen zwischen der bei Wunstorf gefundenen Drohne und bei anderen sicherheitsrelevanten Vorfällen in Deutschland eingesetzten beziehungsweise aufgefundenen Drohnen vor?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung insbesondere zu einem möglichen Zusammenhang mit dem Drohnenvorfall am Flughafen Leipzig/Halle im August 2026 vor?
6. Sind der Landesregierung Erkenntnisse über mögliche personelle, technische oder organisatorische Verbindungen zwischen den beiden Sachverhalten bekannt?
7. Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung Anhaltspunkte für einen nachrichtendienstlichen, extremistischen, terroristischen oder staatlich beziehungsweise ausländisch gesteuerten Hintergrund des Wunstorfer Vorgangs?

V. Drohnerdetektion und Drohnenabwehr

1. Über welche eigenen technischen Fähigkeiten zur Detektion, Identifizierung, Ortung und Verfolgung von Drohnen verfügen die niedersächsischen Polizeibehörden derzeit?
2. Welche dieser Systeme stehen dezentral bei den Polizeidirektionen und welche zentral insbesondere beim Landeskriminalamt Niedersachsen zur Verfügung?
3. Welche Ortungsmöglichkeiten haben die vorhandenen Systeme, um neben der Drohne auch deren Steuerer beziehungsweise Ausgangspunkt identifizieren zu können?
4. In welchem Umfang sind die bestehenden Systeme mobil einsetzbar?
5. Über welche technischen Möglichkeiten verfügen niedersächsische Polizeibehörden gegenwärtig, um gefährliche Drohnen erforderlichenfalls abzuwehren beziehungsweise deren weiteren Flug zu unterbinden?
6. Hält die Landesregierung die derzeitigen tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten der niedersächsischen Polizei zur Detektion und Abwehr gefährlicher Drohnen angesichts der aktuellen Vorfälle für ausreichend?
7. Welche zusätzlichen Beschaffungen oder Investitionen in die Drohnerdetektion und Drohnenabwehr sind für die Jahre 2027 und 2028 vorgesehen, und welche Haushaltsmittel stehen dafür jeweils zur Verfügung?

VI. Konsequenzen aus dem Vorfall

1. Welche konkreten Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Drohnerfund bei Wunstorf für den Schutz kritischer und sicherheitsrelevanter Infrastruktur in Niedersachsen?
2. Wird die Landesregierung infolge des Vorfalls bestehende Schutz-, Melde- und Einsatzkonzepte für Drohnenvorfälle überprüfen oder überarbeiten?
3. Beabsichtigt die Landesregierung, die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Bundeswehr, Bundespolizei, Landeskriminalamt und den Betreibern Kritischer Infrastrukturen bei der Detektion und Abwehr von Drohnen zu intensivieren? Wenn ja, bitte die einzelnen Maßnahmen nennen.
4. Sind regelmäßige Lagebilder oder ein landesweites Meldesystem für sicherheitsrelevante Drohnensichtungen vorgesehen beziehungsweise bereits vorhanden?
5. Sieht die Landesregierung aufgrund des Vorfalls weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz, insbesondere hinsichtlich der Befugnisse zur Detektion und Abwehr unbemannter Luftfahrtssysteme? Falls ja, wann sollen die gesetzlichen Regelungen in Kraft treten?